

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenischeid, Meinershausen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Brederfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halber i. H. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 244

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Offertgebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halber
Mittwoch, den 18. Oktober.

Erzheimet wöchentlich
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monat.
Mk 1.85 einschl. 80 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
- Postfachkonto: Dortmund 2911. -

1933

Schwere Niederlage Frankreichs

Amerika rückt von Frankreich ab.

Ein energischer Schritt des Präsidenten Roosevelt.

In der weltpolitischen Lage ist eine bedeutende Änderung eingetreten insofern, als nach amtlichen Meldungen aus Washington der Präsident Roosevelt die amerikanische Abordnung in Genf aufs strengste angewiesen hat, sich nur an reinen Abrüstungsfragen zu beteiligen und sich von allen sonstigen politischen Verpflichtungen dort zurückzuhalten. Das bedeutet, daß Roosevelt Amerika unter allen Umständen aus den ewigen Quertreibereien gewisser europäischer Staaten herausziehen will. In amerikanischen Regierungskreisen sieht man außerdem in dem energischen Schritt des Präsidenten eine deutliche Mißbilligung des Staatssekretärs Hull und des Sonderbotschafters Norman Davis, von denen besonders letzterer dafür die Verantwortung trägt, daß die Vereinigten Staaten in europäischen Fragen sich völlig der französischen Politik verschrieben zu haben schienen. Gerüchweise verlautet sogar, Roosevelt erwäge die Abberufung des Norman Davis aus Genf.

Gerechtigkeitshalber müßte der Präsident freilich sich nicht nur gegen seinen Vertreter in Genf, sondern auch ebenso gegen die ständigen französischen Ausfreuungen über die französisch-englisch-amerikanische Solidarität wenden. Frankreich hält diesen groben Schwindel auch jetzt noch aufrecht, obwohl die drei letzten Tage das Gegenteil klar erwiesen; der französische Außenminister Paul-Boncour hat noch jetzt bei seiner Ankunft in Paris den ihn empfangenden Journalisten etwas von der Dreieinigkeit dieser Mächte erzählen wollen. Er ist aber zu gleicher Stunde bereits außer durch den Schritt Roosevelts auch durch eine offizielle Erklärung der amerikanischen Delegation in Genf auf Anordnung Roosevelts demontiert worden: man betont nachdrücklich, daß die amerikanische Regierung in keiner Weise der politische Allianz irgendeiner europäischen Macht

feil! Man darf hoffen, daß diese eiskalte Dusche bei den gegenwärtigen Beratungen der französischen Regierung ihre wohlthuende Wirkung nicht verfehlen wird. Aus Paris hörte man zunächst, Ministerpräsident Daladier werde bei seiner Kammerrede nur auf einzelne Punkte der großen Reichskanzlerrede eingehen - womit er freilich erneut die Pariser Ratlosigkeit und das schlechte Gewissen Frankreichs dokumentieren würde.

Inzwischen scheint man sich draußen in der Welt doch allmählich über einzelne Drahtzieher der Abrüstungs-fabotage klar zu werden. So richtet jetzt die große Londoner Zeitung „Daily Telegraph“

schwerste Angriffe gegen Henderson, den bekanntlich ganz unter französischem Einfluß stehenden englischen Präsidenten der sogenannten Abrüstungskonferenz. Er habe sich, heißt es da, den Vorwurf gegen Deutschland erlaubt, es habe aus bösem Willen gehandelt. Deutschland aber habe sich auf keinen Fall des Bruches eines Versprechens schuldig gemacht, womit das Blatt zugleich auf die schwere Schuld der Rüstungsmächte hinweist. Das Blatt fährt fort:

„Die von Henderson gemachte Auflage ist um so bedauerlicher, als Reichskanzler Hitler in bemerkenswert verständlichem Ton die deutschen Entschlüsse rechtfertigte. Die von ihm abgegebenen Versicherungen stehen ohne Beispiel da. Seine friedlichen Absichten können nicht stärker betont werden.“

Und selbst ein so deutschfeindliches Blatt wie das Pariser „Echo de Paris“ schrieb gestern: „Die Deutschen werden aus der Lektüre des Hendersonschen Schreibens erssehen, daß ihre Maßnahmen sehr gut berechnet und vom deutschen Standpunkt aus vernünftig gewesen sind.“ Sowohl in England wie in Frankreich werden übrigens die Ausführungen des Reichsaussenministers von Neurath vor der Berliner ausländischen Presse sehr ausführlich wiedergegeben. Und man traut seinen Augen kaum, wenn man in der rechtsoppositionellen Warschauer „Gazeta Warszawska“ Sätze wie diese liest: „Die Deutschen sind mutig und entschlossen vorgegangen und haben

alle Wahrscheinlichkeit eines Sieges für sich.“

Es hat sich also anscheinend auch schon bis Warschau herumgesprochen, daß das neue Deutschland für Diktate nicht mehr zu haben ist. Das geht auch aus den ständig bei der Reichsregierung einlaufenden begeisterten Zustimmungskundgebungen aus allen Teilen Deutschlands hervor, in denen zahlreiche große Organisationen aller Art sich bedingungslos hinter die Regierung Hitler stellen und damit jeden Zweifel an dem Ausgang der Volksabstimmung des 12. November auch für das Ausland von vornherein beseitigen.

Deutschland steht zu den Verträgen.

Dr. Goebbels antwortet einem Engländer. Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hat dem Korrespondenten der „Daily Mail“ in Berlin, Ward Price, einige Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz beantwortet. Auf die Frage, ob Deutschland jetzt bereits mit der „Aufrüstung“ beginne, saate der Propagandaminister:

„Nein! Deutschland hält sich an seine vertraglichen Verpflichtungen. Es erhebt aber die Forderung, daß die anderen Unterzeichner des Vertrages ihre Versprechungen in derselben Weise erfüllen.“

Auf die Frage, wie die Äußerungen, die Hitler in seiner Rundfunkrede im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen getan habe, mit dem in dem Buche „Mein Kampf“ und sonstwo ausgedrückten Gefühlen gegen Frankreich in Einklang gebracht werden könnten, habe Goebbels geantwortet, daß das Freundschaftsangebot, das Hitler an Frankreich machte, ein Beweis für die Evolutionsfähigkeit der Nationalsozialistischen Partei sei. Schon seit längerer Zeit sei eine Veränderung in der Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich vor sich gegangen.

Wenn Deutschland die Saar zurückhalte, werde es keine gebietsmäßigen Klagegründe gegen Frankreich haben.

Auf die Frage, ob dies auch auf Polen zutrefte, habe der Propagandaminister erwidert, Deutschland könne den Korridor sicherlich nicht als ständige Einrichtung betrachten, aber es sei der Ansicht, daß es keine Frage in Mitteleuropa gäbe, die einen neuen Krieg rechtfertigen und notwendig machen würde. Deutschland wünsche

den Korridor zurückzuerhalten, aber es sei überzeugt, daß dies Sache von Verhandlungen sei. Das möge zur Zeit unmöglich erscheinen, aber manche scheinbare Unmöglichkeiten seien im Europa der letzten Jahre verwirklicht worden. Der Aufstieg der NSDAP. zur Macht sei eine solche.

Frankreich will nicht verstehen.

Daladier spricht vor der Kammer über Deutschlands Abrüstungsforderung.

Anläßlich des Wiederzusammentritts der Französischen Kammer sprach Ministerpräsident Daladier, um die Regierungsvorlage zum Ausgleich des Fehlbetrages im Staatshaushalt einzubringen. „Auch die neuen Ereignisse“ - und damit spielte er auf den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund an - „machten es erforderlich, die Finanzen in Ordnung zu bringen, denn sonst wäre eine weitfichtige und feste Politik unmöglich.“

Arbeitergruß an das deutsche Handwerk.

Von Hans Vollerstedter, M. d. R.,
Verbandsleiter

des Deutschen Arbeiterverbandes des Nahrungsmittelgewerbes. NSK. Am 1. Mai dieses Jahres erlebten wir die Ehrung des deutschen Arbeiters und der deutschen Arbeit in einem Umfang, der die gesamte Welt aufhorchen ließ. Vor wenigen Wochen erlebten wir ein Erntedankfest und damit verbunden eine Ehrung des deutschen Bauernstandes durch das gesamte Volk, wiederum in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß. Getreu unserer nationalsozialistischen Parole, im schaffenden Menschen aller Berufsstände wieder den inneren Stolz zu wecken, ihn zur Pflichterfüllung dem Stand und damit der Gesamtgeneration gegenüber zu erziehen, haben wir uns zur Deutschen Handwerkswoche gerufen. Wir können schon jetzt sagen, daß auch diese Handwerkswoche, dank der Initiative und Unterstützung der Reichsregierung, wiederum vom ganzen deutschen Volk unterstützt und gefeiert, ebenfalls ein voller Erfolg werden wird.

Auch die Arbeiterverbände grüßen in diesen Tagen das deutsche Handwerk. Es ist ein großer Unterschied zwischen den freien Gewerkschaften von einst und den Verbänden von heute. Während die Gewerkschaften von gestern mit ihrer Lehre des Klassenkampfes den Lehrling und Gesellen vom Meister und Meisterhaus zu trennen versuchten, erziehen wir die uns anvertrauten Volksgenossen zum Gemeinschaftsgeist, zur Volksgemeinschaft.

Der Segen, der aus dieser nationalsozialistischen Erziehung und Lehre fließt, kommt sowohl dem Lehrling und dem Gesellen als auch dem Meister und mit diesem der Gesamtnation zugute. Es wird niemand behaupten können, daß im nationalsozialistischen Staat von heute der Lehrling und Geselle als Ausbeutungsobjekt oder als Mensch zweiter Klasse behandelt wird, wie das früher so häufig der Fall war. Einerseits wachsen die heutigen Arbeiterverbände stärker als die früheren Gewerkschaften über die Rechte der in ihrem Verband organisierten Volksgenossen, andererseits hat erfreulicherweise auch in den Kreisen der Meister aller Berufe nationalsozialistischer Geist bereits seinen Einzug gehalten. Gewiß ist da und dort noch mancher Mangel zu beseitigen, aber dank unserer Erziehungsarbeit wird das gegenseitige Sichverstehen weiter fortzudringen zum Segen beider Teile.

Treffende Worte hat der Führer eines Handwerkerverbandes vor einigen Tagen in einer Fachschaftsversammlung gefunden. Mögen sie bald Gemeingut aller Handwerksmeister werden. Er sagte: „Weil wir im Gesellen von heute den Meister von morgen sehen, deshalb wollen wir ihn stets als Kollegen behandeln!“

Auf den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund eingehend, erklärte Daladier, daß dieses eine neue Tatsache geschaffen habe, deren Folgen die Regierungen prüfen müßten. Die Regierung sei sich bewußt, daß sie immer eine „Politik der Zusammenarbeit“ gefordert habe, die die „Sicherheit und die Würde aller Völker gleichmäßig (?) gewährleisten“ habe.

Der französische Ministerpräsident hielt es dann für angebracht, neue Vorwürfe gegenüber Deutschland zu erheben, die nur beweisen, daß man in Paris die Kernfrage der deutschen Abrüstungs- und Gleichberechtigungsforderung nicht verstehen will. So warf Daladier, an Deutschland gewandt, die zumindest reichlich einfältigen Fragen auf, warum die Reichsregierung nicht einen Plan annehme, dessen etappenweise Durchführung eine „tatsächliche und wirksame Abrüstung“ bedeuten würde, wenn man bereit sei, das letzte Gewehr und das letzte Maschinengewehr zu vernichten, und warum Deutschland sich der Überprüfung der eingegangenen Verpflichtungen „widerseze“, wenn es seine Verpflichtungen achten wolle. Weil Deutschland, Herr Daladier, nicht geneigt ist, seinen unerträglichen Unsicherheitszustand, der den Rechts- und Lebensansprüchen eines 60-Millionen-Volkes geradezu hohnspricht, verewigen zu lassen, und weil es nicht beabsichtigt, dem ungeheuerlich gestärkten Frankreich weitere Gelegenheiten zu geben, sich vor den Abrüstungsverpflichtungen zu drücken!

Daladier erklärte dann noch, Frankreich beabsichtige, seiner Politik der Zusammenarbeit treuzubleiben und im selben Geiste die Prüfung einer Lage fortzusetzen, die nicht nur Frankreich und Deutschland interessiert, sondern die Gesamtheit der Völker, die sich „zu einem großen und edlen (!) Unternehmen (Völkerbund) zusammengetan“ hätten. Die „Zurückhaltung“, die Frankreich stets an den Tag gelegt habe, die „wahren Opfer“, die es in der Vergangenheit gebracht habe, „berechtigten“ Frankreich, in seinen Handlungen fortzufahren, Handlungen, deren Mäßigung weder ein Verhandeln noch einen Verzicht zulassen. In diesem Geiste wird die französische Regierung fortfahren, die großen Interessen, die „Frankreich und dem Frieden gemeinsam“ sind, weiterzuverteidigen.

Abschließend erklärte Daladier pathetisch, - offensichtlich vom schlechten Gewissen getrieben, - Frankreich sei „durchaus nicht isoliert“. Seit Kriegsende habe es „nie mehr Freundschaften“ gehabt. Von allen Seiten erhalte es „Beweise des Vertrauens“. Die Regierung sei entschlossen, ein „Beispiel der Ruhe und Kaltblütigkeit“ zu geben. Sie sei sich bewußt, daß die Verteidigung des Gebietes und der Freiheit Frankreichs sichergestellt sei.

Die Handwerks-Ehrenwoche wird so dem gesamten Handwerkerstand den Beweis liefern, daß es der nationalsozialistischen Regierung, und damit dem nationalsozialistischen Staat, wirklich ernstlich darum geht, ihn wieder zu heben und ihn wieder zur Blüte zu bringen. Es soll der alte Spruch wieder wahr werden, daß „ein ehrsam' Handwerk goldenen Boden hat!“

Wie war es dagegen im Parteienstaat von gestern? Jede Partei buhlte um die Stimme des Handwerkers, ja, die ehemalige Wirtschaftspartei gebärdete sich so, als wäre sie allein berufen, die Belange des Handwerkerstandes zu vertreten. Und der Erfolg? Der Handwerkerstand hat ihn am eigenen Leibe zu spüren bekommen. So, wie wir nach der nationalsozialistischen Revolution den Arbeiter- und Bauernstand, den Stand der Berufsbeamten usw. wieder herausgehoben haben, so wollen wir uns auch besonders des deutschen Handwerkerstandes annehmen, der eine stolze Tradition hinter sich hat und an dessen Wiederaufblühen nicht nur er selbst, sondern die gesamte Nation interessiert ist. So sollen unsere Wünsche zur Deutschen Handwerkswoche ausfliegen in dem alten Spruch: „Gott schüze ein ehrsam' Handwerk!“

Wichtige Kabinettsbeschlüsse.

Änderung des Reichsbankgesetzes.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Dienstag ein Gesetz über die Änderung des Bankgesetzes vom 30. August 1924. Danach soll die Leitung der Reichsbank statt bisher vom Generalrat in Zukunft vom Reichspräsidenten ernannt werden.

Die auf den Dawesplan zurückgehende Institution des Generalrats der Reichsbank wird beseitigt. Die Reichsbank erhält weiter die Befugnis, festverzinsliche Wertpapiere zur Regulierung des Geldmarktes zu kaufen und zu verkaufen, um dadurch nach Möglichkeit auch auf dem Gebiete des Kapitalmarktes

regulierend und fördernd eingreifen zu können.

Sie soll die gekauften Wertpapiere und in gleicher Weise auch die Lombardforderungen als bankmäßige Notendeckung verwenden dürfen. Ferner sollen die Vorschriften über eine mechanische Erhöhung des Diskontsatzes in Verbindung mit einer Notensteuer beseitigt werden, da sie sich in der praktischen Erfahrung der letzten Jahre als undurchführbar erwiesen haben. Die Reichsbank wird weiterhin ermächtigt,

eine Abschlagsdividende zu zahlen, die üblicherweise am 1. Oktober eines jeden Jahres gezahlt werden soll, damit die Reichsbankanteile wieder zu einem bevorzugten Anlagepapier des Sparerers werden. Die Verkündung des Gesetzes wird nicht vor dem 28. dieses Monats erfolgen.

Die Sperre für die Errichtung neuer Verkaufsstellen verlängert.

Weiterhin genehmigte das Kabinett eine Änderung des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933, das ein allgemeines Verbot der Errichtung neuer Verkaufsstellen des Einzelhandels für die Zeit bis zum 1. November 1933 vorsah. Durch die jetzt beschlossene Änderung wird die Sperre bis zum 1. Juli 1934 verlängert.

Das Reichskabinett verabschiedete alsdann ein Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks, wonach der Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister ermächtigt wird, über den Aufbau des deutschen Handwerks eine vorläufige Regelung

auf der Grundlage allgemeiner Pflichttätigkeiten und des Führergrundsatzes

zu treffen. Das deutsche Handwerk im Sinne dieses Gesetzes umfaßt alle in der Handwerksrolle eingetragenen Betriebe, soweit sie nicht zum Reichsnährstand gehören. Hierüber treffen der Reichswirtschaftsminister und der Reichsernährungsminister gemeinsam nähere Bestimmungen.

Auf Antrag des Reichswirtschaftsministers beschloß das Reichskabinett, den Reichsminister der Finanzen zu ermächtigen, namens des Reiches Garantien von insgesamt 10 Millionen Mark für Kredite zu übernehmen, die von gewerblichen Kreditgenossenschaften oder von Privatbankiers an Kleingewerbetreibende gegeben werden. Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme im Zuge der Arbeitsbeschaffung, die nur als einmaliger Ausnahmevergange zu bewerten ist.

Schließlich nahm das Reichskabinett ein Gesetz über die Eidesformel der Reichsminister und der Mitglieder der Landesregierungen an, wonach die Eidesformel mit dem kürzlich in einem preussischen Gesetz festgelegten Wortlaut in Übereinstimmung gebracht wird.

Die Eidesformel der Minister.

Danach erhält § 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsministergesetz) vom 27. März 1930 folgende Fassung: Die Reichsminister leisten bei Übernahme ihres Amtes vor dem Reichspräsidenten folgenden Eid:

„Ich schwöre: Ich werde meine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, Verfassung und Gesetze wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen, so wahr mir Gott helfe.“

Die Mitglieder der Landesregierungen leisten bei Übernahme ihres Amtes vor dem Reichsstatthalter, in Preußen vor dem Reichskanzler, denselben Eid.

„Eine Demonstration des Friedens und der Ehre des deutschen Volkes.“

Dr. Goebbels über die Wahl am 12. November. — Die Führertagung der NSDAP.

Die in Berlin stattfindende politische Führertagung der NSDAP, die sich mit den Aufgaben der nächsten Wochen befaßt und insbesondere den Fragen der Vorbereitung für die Wahl des 12. November gewidmet ist, begann, wie die Reichspressestelle der NSDAP mitteilt, vormittags mit einer Besprechung der Gauleiter mit dem Führer der NS-Reichstagsfraktion, Reichsleiter Dr. Frick. Die Besprechung galt vor allem den technischen Wahlvorbereitungen und der Aufstellung der Kandidatenliste.

Nachmittags hielt die Reichspropaganda-Leitung der NSDAP, unter dem Vorsitz des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels eine Tagung der Gauleiter und Gaupropagandaleiter ab, zu der auch mehrere Reichsleiter erschienen waren.

Im Mittelpunkt standen eingehende Darlegungen des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels, der in großen Zügen die Aufgaben der Bewegung für den bevorstehenden Wahlkampf umriß und die propagandistischen Richtlinien für die Organisation ausgab. Einleitend warf Dr. Goebbels einen Rückblick auf die außenpolitische Entwicklung in Genf und sprach über die Gründe, die zu der Entscheidung Deutschlands am 14. Oktober geführt haben.

Die weltpolitische Bedeutung der bevorstehenden Wahl und Volksabstimmung liege darin, daß sie den Beweis erbringen werde, daß die Regierung Hitler in Deutschland nicht eine Regierung der Gewalt, sondern in Wahrheit die Repräsentantin und die Wortführerin des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit sei. Dieser Wahlkampf und diese Wahl solle eine Demonstration des Friedens und der Ehre des deutschen Volkes sein.

Die Frage, vor die die Regierung das deutsche Volk stelle, laute: Wollt ihr Gleichberechtigung, wollt ihr den Frieden? Die Richtlinien, die der Führer in seiner großen Rede am Sonnabend gegeben habe, hätten innerpolitisch und auch in diesem Wahlkampf maßgebend zu sein für unser Tun und Handeln.

Dieser Wahlkampf werde mit neuen propagandistischen Methoden geführt werden und durch die Wucht aufmarschierender Volksmassen sein demonstratives Gepräge erhalten.

Die Übertragung durch den Rundfunk werde auf wenige besondere Rundgebungen beschränkt. Im Vordergrund stehe die Versammlungslawine und die Propaganda von Mund zu Mund. Dr. Goebbels sprach dann über die Propagandamethoden im einzelnen und gab die Richtlinien für ihre Durchführung. Wenn die NSDAP sich mit den gleichen Tugenden wappne, die sie in den Wahlkämpfen um die Macht bewiesen habe, dann werde der Sieg des 12. November sicher sein.

Anschließend an die Worte des Reichspropagandaleiters gaben noch einzelne Referenten der Reichspropaganda-Leitung Einzelheiten über die technische Durchführung der Propagandamaßnahmen bekannt.

Die ganze Nation hinter dem Führer.

Weitere Erklärungen Dr. Goebbels zur Wahl.

Reichsminister Dr. Goebbels gab in einem Interview mit dem Berichterstatter des Berliner Scharlverlages, Rolf Brandt, weitere Erklärungen zu der Volksabstimmung am 12. November und Deutsch-

lands Friedensbekenntnis, wie es der Volkskanzler ver kündete, ab. Dr. Goebbels sagte dabei:

Die Reichsregierung hat im Namen des deutschen Volkes der Welt den Frieden und die Beruhigung angeboten. Der Kanzler hat eine große, bisher in Deutschland noch nicht erlebte Geste sogar Frankreich gegenüber gemacht. Deutschland hat betont, es will den Frieden und lehnt die Gewalt als ein Mittel, öffentliche und europäische Fragen zu lösen, rundweg ab. Wir wollen einen Frieden der Gleichberechtigung und sind der Überzeugung, daß ein ehrbewußtes und starkes Deutschland eine bessere Garantie für den europäischen Frieden darstellt als ein geschwächtes Deutschland, an dem jeder Gegner sich schadlos halten kann.

Ich bin der Überzeugung, daß es in der Frage der Gleichberechtigung, der Frage des Friedens und in der Frage der nationalen Ehre des deutschen Volkes in Deutschland überhaupt nur eine einheitliche Meinung geben kann, und ich bin weiterhin der Überzeugung, daß die ganze Nation sich mit verschwindenden Ausnahmen in dieser Frage hinter die Regierung stellen wird. Ich glaube, daß der 12. November der Welt ein sichtbares Zeichen für die Tatsache sein wird, daß das Volk, die nationalsozialistische Bewegung und die Führung in Deutschland ein und dasselbe sind und ein und dasselbe wollen.

Kurze politische Nachrichten.

Aus dem ganzen Reich geht immerfort an den Rundfunk die Bitte, die große Rede des deutschen Volkskanzlers zu wiederholen. Um diesen Wünschen gerecht zu werden, wird der Deutschlandsender diese Rede noch einmal von Schallplatten senden, und zwar am Mittwoch gegen 22.10 Uhr im Anschluß an den Nachrichten dienst.

Der niederländische Generalkonsul Knob, der in einem Berliner Lichtspielhaus einen Herzschlag erlitt, weilte im Auftrag der niederländischen Regierung als Beobachter und Berichterstatter beim Reichstagsbrandstifterprozeß in Berlin bzw. in Leipzig.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. Oktober 1933 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 118,9 Millionen auf 3500,6 Millionen Mark verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 48,4 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 30,6 Millionen auf 1464,9 Millionen Mark ab. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 3,0 Millionen auf 412,0 Millionen Mark erhöht. Die Deckung der Noten betrug am 14. Oktober 12,0 gegen 11,8 Prozent am 7. Oktober d. J.

Das südslawische Kabinett Erstitch ist wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Gesamtkabinett in staatsfinanziellen Fragen zurückgetreten.

Dr. Frick mit der Durchführung der Reichstagswahl beauftragt.

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht folgende Verfügungen des Stellvertreters des Führers: Die Vorbereitung und Durchführung der Reichstagswahl (Aufstellung der Wahlvorschläge für die NSDAP.) obliegt Pg. Reichsleiter Dr. Frick mit Unterstützung durch Pg. Dr. Fabricius. Büro: Berlin NW. 40, Reichsministerium des Innern; Rufnummer: Jäger 0027. Alle Amtswalter und sonstigen Parteistellen haben Pg. Dr. Frick bei Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen und seine Ersuchen mit größter Beschleunigung zu erledigen.

Pg. Dr. Frick in seiner Eigenschaft als Führer der Reichstagsfraktion, Pg. Martin Bormann in seiner Eigenschaft als Stabsleiter des Stellvertreters des Führers, erhalten den Titel eines Reichsleiters. Dieser Titel ist verbunden mit einem Amt, welches dem Führer oder dessen Stellvertreter direkt untersteht und dessen Amtsbereich sich über das gesamte Reichsgebiet erstreckt.

Keine Tarifänderungen.

Der Reichsarbeitsminister teilt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Beauftragten des Führers für Wirtschaftsfragen in der Reichskanzlei mit: „Seit Erlass des Gesetzes über die Treuhänder der Arbeit hat die Reichsregierung mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß es eine wesentliche Aufgabe der Treuhänder sei, die vorhandenen Tarifverträge und insbesondere das Lohnniveau aufrechtzuerhalten.“

Nur in besonders dringenden Fällen dürfen die Treuhänder eine Änderung von Tarifbedingungen, die sozial oder wirtschaftlich nicht mehr länger zu vertreten sind, vornehmen. An dieser Richtlinie muß die Reichsregierung schon deshalb festhalten, weil sie jede Gefährdung ihres nächsten Hauptzieles, nämlich der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, unter allen Umständen vermeiden muß.

Eine grundsätzliche Änderung

des Lohnsystems wie z. B. die allgemeine Einführung eines Wochenlohnes oder wesentlich verlängerter Ründigungsfristen und dgl. kann jetzt also ebenso wenig wie eine materielle Änderung der Lohnhöhe in Betracht gezogen werden. Es ist also zwecklos, daß einzelne Verbände Anträge auf grundsätzliche lohnpolitische Reformen an die Treuhänder richten; ebenso hält es die Reichsregierung für erwünscht, daß

in der öffentlichen Diskussion

die notwendige Rücksichtnahme auf die erwähnten lohnpolitischen Richtlinien geübt wird, um eine Verunsicherung der Arbeitnehmer und Unternehmer zu vermeiden.

Warnung vor Übergriffen gegen Ausländer.

Eine Anordnung des preussischen Innenministers.

Nach wie vor machen sich Versuche margistischer oder kommunistischer Provokateure bemerkbar, durch Übergriffe gegen einzelne Ausländer Ver-

widlungen zu schaffen und das Ansehen des neuen Reiches und der nationalsozialistischen Bewegung im Auslande zu untergraben oder mindestens der Reichsregierung außenpolitische Schwierigkeiten zu machen. Der preussische Minister des Innern hat deshalb durch einen Funkpruch an die entsprechenden Dienststellen angeordnet, daß solchen Vorkommnissen mit aller Schärfe nachgegangen wird, und die Erwartung ausgesprochen, daß alles getan wird, um solchen unliebsamen Vorgängen vorzubeugen.

Überdies hat der Minister die zuständigen Behörden veranlaßt, sich mit der lokalen Leitung der Partei sowie der SA, SS, und des Stahlhelm in Verbindung zu setzen, um Vorkommnissen der geschilderten Art mit allen Mitteln entgegenzutreten in der gemeinsamen Überzeugung, daß es eine selbstverständliche Pflicht eines echten Nationalsozialisten ist, das Gastrecht zu schützen und zu achten.

Die Sonderabteilung des Berliner Schnellgerichts verurteilte den Glasbläser Paul C. und den Kraftwagenführer Friedrich W. wegen Körperverletzung zu je sechs Monaten Gefängnis. Es handelt sich um die Verhaftung des amerikanischen Staatsangehörigen Roland Bötz in Düsseldorf, der nach Ansicht der Angeklagten beim Vorbeifahren einer Hakenkreuzfahne ein verächtliches Benehmen zur Schau trug.

Gegen DNVP und Deutsche Nationalpartei.

Ausnahmegesetz vor dem Prager Abgeordnetenhaus.

Dem Prager Abgeordnetenhaus wurde nach längeren Regierungsberatungen am Dienstag ein Gesetzentwurf von einschneidender Bedeutung vorgelegt.

Das Gesetz über die Einstellung der Tätigkeit und über Auflösung politischer Parteien sieht gesetzliche Ausnahmebestimmungen gegen die Angehörigen der aufgelösten Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNAP) und der Deutschen Nationalpartei vor. In § 7 wird u. a. festgelegt, daß die Angehörigen einer aufgelösten Partei in bestimmten Ortschaften interniert oder unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden können. In § 10 wird bestimmt, daß die Angehörigen einer aufgelösten Partei alle öffentlichen Ämter und Funktionen verlieren. In § 16 wird festgesetzt, daß durch die Auflösung der Partei alle Mitglieder der Nationalversammlung, die dieser Partei angehören, ihre Mandate verlieren. In § 20 wird gesagt, daß das Innenministerium auch die Tätigkeit einer „Erfasspartei“ verbieten kann. In § 23 wird ausgesprochen, daß die Selbstauflösung einer Partei vor der amtlichen Auflösung an der Geltung dieses Gesetzes nichts ändert. Das Gesetz ist bis zum 1. Januar 1935 befristet.

Gömbös nach Ankara abgereist.

Ungarns Ministerpräsident zu Deutschlands Austritt.

Ministerpräsident Gömbös und Außenminister Kanya sind am Dienstag nach Ankara abgereist. Der Ministerpräsident wird auf der Rückreise auch Sofia besuchen, während Außenminister Kanya sich ohne Unterbrechung nach Budapest begibt.

Vor seiner Abreise erklärte Ministerpräsident Gömbös am Bahnhof Pressevertretern gegenüber:

Die durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund hervorgerufene Lage beurteile ich ruhig. Wichtig ist, daß in den Hauptfragen ohne jeden Hintergedanken und ohne einseitige Tendenz die Lösung gesucht wird. Wenn man sie aufrichtig will, wird man sie finden. Es soll keine Nationen erster und zweiter Ordnung und auch keine erniedrigten Nationen geben. Suchen wir eine ehrliche Lösung im Zeichen der Gleichberechtigung und der Sicherheit! Die der Abrüstungskonferenz jüngst unterbreiteten Vorlagen müßten von diesem Gesichtspunkt aus revidiert werden.

Faschistenjag in Estland.

Die Regierung Tõnnisson zurückgetreten.

Nach dem Abstimmungssieg der faschistischen Freiheitskämpfer in Estland ist die estnische Regierung Tõnnisson, die in den letzten Monaten mit Hilfe der Sozialdemokratie ein diktatorisches Regiment führte, zurückgetreten.

Es wird angenommen, daß die neue Regierung unter Mitwirkung der Freiheitskämpfer zustande kommt. Wenn die Freiheitskämpfer, die im jetzigen Parlament nicht vertreten sind, eine solche Mitwirkung ablehnen, wird wohl ein Fachkabinett als Übergangsregierung bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung und bis zu den Neuwahlen, die im Mai 1934 stattfinden, gebildet werden.

Die Führer der Freiheitskämpfer haben die Aufhebung aller Einschränkungsbestimmungen und Aufhebung des Verbots ihrer Verbände verlangt.

Lokales und Provinzielles

Halber, den 18. Oktober 1933.

Muttersprache.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, richtete kürzlich an die Reichsstatthalter, die Reichs- und Landesbehörden usw. ein dankenswertes Rundschreiben, in dem er für ein klares und gutes Amtsschreiben eintritt. „In der Pflege der deutschen Muttersprache“, so heißt es in diesem Rundschreiben, „müssen die öffentlichen Behörden aller Verwaltungszweige beispielgebend wirken.“ Zuletzt verweist Dr. Frick auf eine Rede, die er im Mai dieses Jahres vor den Unterrichtsministern der Länder gehalten hat, und in der es hieß: „Zu den edelsten Werten, deren Pflege uns am Herzen liegen muß, gehört unsere Muttersprache, auf deren Wohlklang, Kraft und Biegsamkeit wir stolz sein können. Leider wird ihre Reinheit noch immer nicht so gepflegt, wie es wünschenswert wäre. Auch amtliche Stellen verwenden nicht selten überflüssige Fremdwörter, die das Verständnis des Zusammenhanges in breiteren Volksschichten geradezu gefährden.“

Man kann nur wünschen, daß diese von aufrichtiger Liebe zur deutschen Sprache eingegebene Mahnung des Ministers in die weitesten Volkskreise dringe, denn sie geht nicht nur Amtsstellen an, sondern uns alle. Noch immer nimmt leider in der Sprache unseres täglichen Verkehrs und in der Schriftsprache das Fremdwort einen breiten Raum ein, trotz aller Bestrebungen und Bemühungen des Deutschen Sprachvereins, überflüssige Fremdwörter nach Möglichkeit von uns fernzuhalten und auszumergen. Wohlverstanden: überflüssige Fremdwörter! Gibt es doch nicht wenig Fremdwörter,

Winterhilfe und Wehrmacht.

Um die Verbundenheit der Wehrmacht mit den deutschen Völkern zum Ausdruck zu bringen, hat der Reichswehrminister in einem Erlass darauf hingewiesen, daß der Erfolg der Winterhilfe in der Durchführung der Reichsregierung die lebendige Brücke zur großen nationalen Volksgemeinschaft sei, ein Ziel, das auch der Wehrmacht über die selbstverständliche Pflicht der Mithilfe hinaus erweiterte Aufgaben zuweise. Habe sich die Wehrmacht in den vergangenen Jahren als Gemeinschaft in den Dienst der Winterhilfe gestellt, so gelte in diesem Winter für jeden Soldaten, auch persönliche Opfer auf sich nehmen. Der Reichswehrminister hat daher für den Bereich der Wehrmacht Richtlinien für das Winterhilfswerk aufgestellt. Danach ist die Bestätigung für das Winterhilfswerk für Angehörige der Wehrmacht Dienstfahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Feldküchen, Kochkessel und personelle Kräfte sind zu Transporten, Sammlungen, Speisungen und sonstigen Hilfsarbeiten für das Winterhilfswerk zu Verfügung zu stellen. Musik- und Trompeterkorps sind im Benehmen mit den zuständigen örtlichen Führern des Winterhilfswerkes dienstlich für die Winterhilfe zu stellen. Dies habe entweder durch die Teilnahme an amtlichen Veranstaltungen der NS-Volkswohlfahrt oder durch Abhalten von Wohltätigkeitskonzerten zu geschehen, deren Gesamterlös dem Winterhilfswerk zufließt. Es soll angestrebt werden, daß alle Soldaten, Beamten, Angestellten und Arbeiter der Wehrmacht sich mit Spenden in Form von Besoldungsabzügen an dem Winterhilfswerk beteiligen. Der vom Reichskanzler als Norm für den Arbeiter aufgestellte Abzug in Höhe des Lohnes einer Arbeitsstunde im Monat erscheine auch für die Arbeiter der Wehrmacht angemessen. Für Soldaten, Beamte und Angestellte werde eine Spende von einem Prozent von den Nettoeinkünften zu empfehlen sein. Von weiteren Geldsammlungen innerhalb der Truppe soll abgesehen werden.

Der Reichswehrminister teilt mit, daß der Reichsführer des Winterhilfswerkes diese Spende der Wehrmachtangehörigen als angemessen bezeichnet habe und verfügen werde, daß allen Wehrmachtangehörigen, die sich in dieser Form beteiligten, die Plakette „Wir helfen“ ausgehändigt werde. Weiter wird in den Richtlinien bestimmt, daß die Wehrmacht sich an der Durchführung des Einheitsessens am ersten Sonntag eines jeden Monats zu beteiligen hat. Mannschaftsküchen, Offizierheime und Messen sollen an solchen Sonntagen ein Einheitsgericht herausgeben. Das Gleiche wird von allen privaten Haushaltungen der Wehrmachtangehörigen erwartet.

Das nationalsozialistische Gedankengut.

Über das Thema „Das nationalsozialistische Gedankengut“ hielt der Staatssekretär im Reichspropagandaministerium Dr. Ohnesorge einen bedeutenden Vortrag. Er führte etwa folgendes aus: Heute ist die ganze deutsche Menschheit erfüllt von der deutschen Revolution, dem Wert des Führers Adolf Hitler. Von ihm erhielt das Volk die Idee des Nationalsozialismus, aus dem die Forderung entsprang, die frühere Vernachlässigung der arbeitenden Schichten aufzuheben und wieder gutzumachen. Weiter fordert er, den deutschen Charakter wieder aufzurichten mit dem Endziel, die deutsche Freiheit wieder zu erlangen, die die Judenherrenschafft und der Marxismus in Versailles erschaffen hatten.

In den Reden des Führers finden wir einen grundlegenden Unterschied gegenüber denen aller anderen Politiker. Während diese die Ziele der Parteien, die Forderungen der verschiedenen Berufsstände oder Gesellschaftsschichten vertreten, kämpft der Führer nur für das eine, das Volk schlechthin, das deutsche Volk. Er empfindet es als Lebensinhalt, als lebendigen Körper, dessen Verfall nur in Krankheiten dieses Körpers zu suchen ist, die geheilt werden müssen. Daß der Führer sich schicksalverbunden dem ganzen deutschen Volk fühlt, hat er nicht nur mit der Raschheit seiner Arbeit für das deutsche Volk bewiesen. Die Grundgedanken über den Neuaufbau des Volkes und des Landes, wie sie in seinem Werk enthalten sind, sind so ganz etwas anderes, als es bis dahin von den Politikern der Vor- und Nachkriegszeit gepredigt worden war. Das ganze Trachten dieser Politiker war nur darauf gerichtet, die eigenen Interessen und höchstens noch die ihrer Klasse zu sichern. Die Lehre des Führers dagegen hat mit der Marktschreierei jener nichts zu tun — sie hat zum Inhalt das Leben und die Sicherheit des ganzen Volkes, sie ist die neue Weltanschauung vom Volkserleben, die bereinigt auch über die Grenzen deutschen Volkstums hinaus ihre Welter schenken wird.

Der Verfall der Wirtschaft hat seine Ursache schon in der Zeit vor dem Kriege. Durch die schrankenlose Industrialisierung wurde der Bauernstand geschwächt, gleichzeitig wuchs das großstädtische Proletariat und der Gegensatz zwischen arm und reich. Gegenseitige Entfremdung und politische Klassenspaltung waren die Folge. Selbst führende Männer jener Zeit erkannten die auftauchende Theorie an, daß die Wirtschaft allein die Wiederaufrichtung Deutschlands herbeiführen könne, daß der Staat erst der Wirtschaft sein Dasein verdanke, er selbst eine wirtschaftliche Einrichtung sei. Es ist jedoch bewiesene Tatsache, daß der Staat mit einer bestimmten Wirtschaftsauffassung oder Wirtschaftsentwicklung nicht zu tun hat, er ist nur die Organisation einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleicher Lebewesen zur Forterhaltung ihrer Art. Die Wirtschaft ist dabei nur eines seiner vielen Hilfsmittel. Der Irrtum jener Auffassung lief parallel mit der Verleugnung des Rasseproblems, der jüdischen Gefahr, die schließlich zum Verfall führte. Die von den Politikern der Nachkriegszeit angewendeten Mittel, Deutschlands Schicksal zu wenden, die Verhandlungen mit den Feindstaaten, das dauernde Nachgeben führten es nur noch tiefer in das Chaos. Der Führer dagegen sagt uns, daß die Wiedererhebung der deutschen Nation nur aus der Wiedergewinnung unserer politischen Selbstbestimmungswillens, unserer äußeren Macht beruht.

Zwangsläufig brachten diese Gedanken über die Rettung Deutschlands eine ganz neue Auffassung über den Begriff Staat mit sich: er ist nicht mehr Zweck, sondern nur Mittel, er ist wohl die Voraussetzung zur Bildung einer höheren menschlichen Kultur, aber nicht die Ursache derselben. Diese gründet sich allein auf eine zur Kultur befähigte Rasse, eines hierzu befähigten Volkstums. Hieraus erwachsen dem Staat seine

Der unterirdische Gang

Ladung Görings und Goebbels' zur Widerlegung der Braunbuchlügen.

Der Prozeß gegen die Reichstagsbrandstifter.

Am 18. Verhandlungstag im Brandstifterprozeß machte Senatspräsident Dr. Bänder zunächst Mitteilung über den persönlichen Tod des niederländischen Generalkonsuls in Leipzig, Knob, der der Verhandlung täglich beigewohnt hat. Der Senat bedauerte von Herzen das Hinscheiden dieses ausgezeichneten, objektiven Mannes.

Als erster Zeuge wird dann der Potsdamer Billb Otto vernommen, der am Abend des 27. Februar seinen üblichen Gang durch das Reichstagsgebäude gemacht hat, um die Briefkästen zu leeren. Der Zeuge sagt im wesentlichen aus: Es war vollständig dunkel im Gebäude. Ich habe keinerlei verdächtige Beobachtung gemacht, keine Geräusche gehört und keinen Brandgeruch wahrgenommen. Es war vollkommen ruhig und kein Schritt im Hause zu hören. Der eine Flügel der großen Glasstür in der Wandelhalle stand offen.

Der nächste Zeuge, Tischlermeister Lippert, äußert sich über die Beschaffenheit des Gebäudes im Reichstagsgebäude. Am Brandtage befanden sich im Saal etwa 600 Abgeordnete in sieben Sektoren. Die ersten drei Reihen bestanden vollständig aus altem Eichenholz. Die alten Stühle haben, von der ersten Reihe abgesehen, nach Fallfall der Pulle, sogenannte Taschen von vier Millimeter hartem Eichenholz erhalten. Diese Kästen waren offen, so daß, wie der Sachverständige hervorhebt,

Brandmaterial ohne weiteres dort untergebracht werden konnte.

Der nächste Zeuge, der Amtsgastgeber Wodsch, ist seit elf Jahren Portier am Portal II. Am Brandabend hat er wenige Minuten nach 20 Uhr seinen Kollegen Koblis gefragt, wer noch im Hause sei. Er erhielt die Antwort, daß der Abgeordnete Torgler noch anwesend sei und daß

Torgler auf einen telefonischen Anruf sich nicht gemeldet habe.

Es entspinnt sich dann eine längere Auseinandersetzung darüber, ob jemand an den Schlüssel von Portal II herankommen und einen Wachsabdruck machen kann. Der Zeuge kann keine Erklärung darüber geben, wie es jemand an dem betreffenden Abend möglich gewesen sein soll,

durch das Portal II herauszulassen.

Auch er bestreitet die Verdächtigungen des Braunbuches, daß Reichstagsbeamte am Tage des Brandes nach Hause geschickt worden wären.

Der Amtsgastgeber Koblis, der seit über zwanzig Jahren an der Garderobe am Portal II Dienst getan hat, hat 10 Minuten vor 20 Uhr die Garderobe des Abgeordneten Torgler bemerkt. Er rief auf Zimmer 9a an.

Es meldete sich niemand,

und auch ein zweiter Anruf war ergebnislos. Ebenso hatten zwei Anrufe nach dem Nebenzimmer 9b keinen Erfolg. Ein Besetzungszeichen kam auch nicht. Als er den Hörer noch in der Hand hatte, kam in der Garderobe während des letzten Anrufes ein Anruf an, den der Fahrstuhlführer abnahm. Es sollte die Garderobe Torglers herausgebracht werden. Das ist auch geschehen. Es wird in eingehender Befragung einwandfrei festgestellt, daß der Zeuge

vielmals angerufen hat.

Auf alle vier Anrufe erfolgte keine Antwort. Aber unmittelbar nach dem vierten Anruf rief der Abgeordnete Torgler auf dem Nebengerät an. — Auch hier wieder hat

Dimitroff Fragen,

die längst geklärt worden sind, zu stellen. Er möchte wissen, wer der unmittelbare Vorgesezte dieses Zeugen gewesen ist. Diese Art von Fragen veranlaßt den Vorsitzenden, Dimitroff eindringlich davor zu warnen, daß er auch weiterhin noch solche überflüssigen Fragen vorbringt. Weiter möchte Dimitroff, wie üblich, noch gern wissen, welcher Partei der Zeuge angehört hat. — Der Zeuge erklärt, er hätte noch nie einer Partei angehört.

Es tritt dann die Mittagspause ein. Nach der Pause werden noch einige weitere Zeugen vernommen: Dann kommt Oberreichsanwalt Werner zu Ausführungen über das Braunbuch zurück. Er führt u. a. aus: „Es ist ja heute schon

von dem unterirdischen Gang

gesprochen worden. Wir kommen damit zu einem Komplex, der in dem Braunbuch eine erhebliche Rolle spielt. Wir haben schon am letzten Sonnabend zwei größere Lügen dieses Buches zur Strede gebracht: Die eine, daß der Ministerpräsident die Reichstagsbeamten vorzeitig nach Hause geschickt hätte, um lästige Zeugen des Vorhabens beiseitezufassen, und die zweite größere Lüge, daß Oberbranddirektor Gempy verschiedene Äußerungen gemacht hätte, u. a. die, daß die Feuerwehr zu spät alarmiert worden sei, so daß M. früher dazugewesen sei.

höchsten Aufgaben: die Erhaltung des rassen und elementen, die Erziehung der Jugend, zunächst die Heranzüchtung ferngefundener Körper, dann erst die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten. Aus dieser Anschauung über Volkstum und Staat ergibt sich folgerichtig die neue Auffassung über die Wertung der Arbeit, die in jedem Falle abelt, wenn der Arbeitende ihr in höchster Pflichterfüllung nachkommt. Führerpersönlichkeiten heranzubilden ist eine weitere, hohe Aufgabe des Staates. Ihr dienen die Arbeitsdienstpflicht, die M., die Arbeitslager, in denen die Jugend aller Art aus Stadt und Land, aus allen Ständen zu gemeinsamen Leben zusammengeführt ist.

Das Buch des Führers.

Der größte deutsche Bucherfolg.

NSK. Vor einigen Wochen ging durch die gesamte deutsche Presse die Meldung, daß das im Zentralpartei-Verlag Frz. Eher Nachf., München, erscheinende Werk „Mein Kampf“, von Reichskanzler Adolf Hitler eine Gesamtauflage von einer Million Exemplaren erreicht habe. Die Nachfrage nach dem Werk steigerte sich derart, daß voraussichtlich noch zur Jahreswende eine Gesamtauflage von eineinhalb Millionen Exemplaren erreicht wird. Es wird daher allgemein interessieren, über die Geschichte dieses einzig dastehenden Bucherfolges näheres zu erfahren.

Nach Verkündung des Urteils des Münchener Volksgerichtes am 1. April 1924 mußte Adolf Hitler für längere Zeit in Gefangenschaft auf die Festung Landsberg am Lech. Hier zeigt sich die oft im Leben Adolf Hitlers wiederholende Tatsache, daß gerade in den Tagen der schwersten Schicksalsschläge er seine Willenskraft ins Unermeßliche zu steigern versteht. In den Tagen der zwangsweisen Muße diktiert er dem jetzigen stellvertretenden Führer der NSDAP., Rudolf Heß, den ersten Band

weiter, daß der Ministerpräsident Maßnahmen zur Feuerbekämpfung verhindern hätte, und schließlich, daß größere Mengen Brandmaterial in den Reichstag geschafft worden seien. In dem Braunbuch wird ohne den Versuch eines Beweises die Behauptung aufgestellt, daß durch den unterirdischen Gang unter Führung von drei Personen, nämlich des Polizeipräsidenten Heines-Breslau, des Oberleutnants Schulz und des Polizeipräsidenten Graf Hellendorf-Potsdam M.-Abteilungen in den Reichstag eingedrungen seien und dort den Brand angelegt hätten.

Der Oberreichsanwalt stellt dann den Antrag, den Polizeipräsidenten Heines-Breslau, den Oberleutnant Schulz und den Polizeipräsidenten Graf Hellendorf-Potsdam als Zeugen dafür zu vernehmen, daß sie mit der Angelegenheit des unterirdischen Ganges zwischen Reichstag und Reichstagspräsidentenhaus nicht das geringste zu tun haben.

Weiter beantragte der Oberreichsanwalt die Ladung des preussischen Ministerpräsidenten Göring und des Reichsministers Dr. Goebbels zur Widerlegung der unehrlichen Behauptung des Braunbuches, daß beide die intellektuellen Urheber dieses Brandstiftungsplanes gewesen wären.

Der Oberreichsanwalt fährt fort: Im dem Braunbuch wird das Unwahre behauptet, ohne den Versuch, einen Beweis dafür zu führen, daß Reichsminister Goebbels als der intellektuelle Urheber und der preussische Ministerpräsident ebenfalls als Urheber des Planes und Mitdurchführer gegolten habe. Ich glaube, es ist Pflicht, wenn solche unehrlichen und unbewiesenen Verdächtigungen in die Welt gesetzt werden, daß man auch diesen Herren die Möglichkeit gibt, sich über alle in diesem Zusammenhang stehenden Vorgänge zu äußern, insbesondere auch über die damalige politische Lage.

Es meldet sich dann wieder der Angeklagte Dimitroff zu Wort und meint, er hätte selbst das größte Interesse daran, daß alle Unwahrheiten widerlegt würden. Dimitroff erklärt weiter: Ich habe den Herrn Präsidenten bereits vor einer Woche ersucht, auf meine Kosten durch den offiziellen Verteidiger Dr. Leichert mir dieses Braunbuch zuschicken zu lassen. Ich betone, daß es unverständlich, unglaublich und meiner Meinung nach ungerecht ist, wenn meine Ankläger dieses Buch in Händen haben und ich als Angeklagter

nicht das Buch und das Material kenne.

Vorsitzender: Ich weise den Ausdruck „unglaublich“ als unangehörig zurück. — Dimitroff: Ich verlange, Herr Präsident, daß dieses Buch mir zugesandt wird.

Vorsitzender zu dem Angeklagten Dimitroff: Wenn Sie sich nicht gehörig benehmen, wird Ihnen wieder das zuteil werden, was Ihnen schon einmal zuteil geworden ist. — Dimitroff ruft nochmals erregt: Um das Buch ersuche ich! — Der Vorsitzende verkündet dann folgenden Gerichtsbescheid:

Den Beweisansprüchen des Oberreichsanwalts wird stattgegeben. Es werden als Zeugen geladen: Heines, Schulz und Graf Hellendorf, ebenso die beiden von ihm genannten Minister: Ministerpräsident Göring und Reichsminister Dr. Goebbels.

Oberreichsanwalt Werner äußert sich dann noch zu dem Vorbringen des Angeklagten Dimitroff: Das Braunbuch ist ein Pamphlet. Ich sehe nicht ein, weshalb eine weitere Verbreitung dieses Buches zugelassen werden soll, als unbedingt erforderlich ist. Ich bitte, den Antrag abzulehnen. — Dimitroff: Geben Sie mir Ihr Exemplar, Herr Oberreichsanwalt!

Reichsanwalt Dr. Sad: Zu Beginn unseres Prozesses in Leipzig war ein Telegramm vom Polizeipräsidenten Heines aus Breslau eingetroffen, in dem er mitteilt, daß er vom 26. Februar bis Anfang März verreist war. Ich bitte den Senat, in Erwägungen einzutreten, ob es nicht zweckmäßig erscheint, auch diejenigen Zeugen zu laden, die über den mehrtägigen Aufenthalt des Polizeipräsidenten Aufschluß geben können. Weiter ist am zweiten Verhandlungstage ein Brief von Oberleutnant Schulz eingegangen mit der Mitteilung, daß er damals kranklegen habe. Nun wird gerade Oberleutnant Schulz in der Emigrantenpresse als notorischer Lügner hingestellt. Es steht also bevor, daß selbst wenn Schulz hier erscheint, man hinterher sagt: Der Mann schwört jeden Eid. Daher bitte ich, zu bedenken, ob man nicht gleich schon anordnet, daß im Zusammenhang mit Schulz auch geladen werden: 1. der Arzt, der Schulz behandelt hat, mit der Aufgabe, sein Krankenbuch mitzubringen; 2. das Personal des Arztes, das bei der Behandlung zugegen war; 3. diejenige Stelle, bei der Schulz kranklegen hat. Ich von mir aus zweifeln nicht an der Glaubwürdigkeit der genannten Zeugen. Ich habe das feste Vertrauen, daß diese Zeugen es mit der Heiligkeit des Eides ebenso ernst nehmen wie wir alle, aber ich habe das

größte Mißtrauen gegen die Mentalität im Ausland, die immer wieder mit denselben Gerüchten kommt und immer wieder in offenen oder annehmen Briefen sagt: solche Beweisansprüche müßten gestellt werden.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß auch die von Reichsanwalt Dr. Sad weiter benannten Zeugen geladen werden und sobald wie möglich vor Gericht erscheinen sollen. Die Verhandlung wird dann auf Mittwoch vertagt.

seines Wertes in die Maschine. Als ursprünglicher Titel war vorgesehen „Vierzehnhundert Jahre Kampf gegen Lüge, Dummheit und Feigheit.“ Da dieser Titel zeitlich gebunden war, entschied der Autor sich kurz vor Erscheinen zu dem bekannten kurzen Titel „Mein Kampf“. Der erste Band erschien als erste Auflage in Höhe von 10 000 Exemplaren am 18. Juli 1925. Der Ladenpreis betrug den damaligen Verhältnissen entsprechend 12 Mark. Ein Nachdruck erfolgte im Laufe des Jahres 1926. Der zweite Band wurde am 11. Dezember 1926 veröffentlicht, und zwar in der gleichen Ausstattung wie der erste zum Ladenpreis von 12 Mark. Diese frühere zwei bändige Ausgabe erreichte eine Gesamtauflage von 23 000 Exemplaren und wurde in den Jahren 1925 bis 1929 verkauft. Durch die Herausgabe der einbändigen jetzt bestehenden Leinwandausgabe änderte sich der gesamte Absatz. Diese Ausgabe erschien erstmalig am 7. Mai 1930. Noch in demselben Jahre wurden 62 000 Exemplare verkauft und im darauffolgenden 52 000. Das Jahr 1932 brachte eine Steigerung von 80 000 und nach der historischen Wende am 30. Januar 1933, wo Adolf Hitler Reichskanzler wurde, nahm das Werk einen derartigen Auftrieb, daß bis im Oktober über 1,2 Millionen Exemplare verkauft wurden. Um die Größe dieser gewaltigen Menge sich vorstellen zu können, würde, wenn man die einzelnen Bände aufeinanderlegen könnte, eine Höhe von 35 000 Meter erreicht. Im Vergleich dazu ist zu bemerken, daß der höchste Berg der Welt, der Mount-Everest, über 8800 Meter mißt, oder der letzte Stratosphärenflug der Russen erst eine Höhe von 19 000 Meter erreichte.

Nicht nur allein die Gesamtheit des deutschen Volkes nimmt regen Anteil an dem Werk des Führers, sondern auch das Ausland zeigt allgrößtes Interesse. Dieses beweist, daß demnach eine englische Ausgabe in dem bekannten Verlag Hurst u. Blackett in London sowie eine amerikanische in dem Verlag Houghton Mifflin Company in Boston erscheint. Ferner wird im Januar des kommenden Jahres eine dänische Ausgabe im

die so in unseren Sprachgebrauch übergegangen sind, daß man sie als aus fremden Sprachen entlehnte Wörter kaum noch erkennen kann. Gegen solche Wörter dürften sich die Erlasse und Mahnungen aller derjenigen, welche es gut und ernst meinen mit unserer schönen Muttersprache, die wirklich nicht zu borgen braucht von anderen Sprachen, wohl nicht richten. Aber es gibt so viele Fremdwörter, die wir leichtens Herzens über Bord werfen können, ohne daß die deutsche Sprache auch nur im geringsten darunter zu leiden braucht. Schon in den Schulen sollte immer wieder auf die Reinhaltung unserer Sprache hingewiesen werden, und das Elternhaus müßte der Schule beistehen. Noch mehr aber gelten solche Mahnungen für die Erwachsenen, die die Sprache mißhandeln. Wer fühlt sich da ganz frei von Sünden! Man denke da nur an das Kaufmannsdeutsch, das Zeitungsschreibende, das Gelehrtendeutsch, das mehr als einmal Anlaß zu Tadel gibt, wenn auch vieles, das über diese verschiedenen Arten von Deutsch gesagt wird, stark übertrieben sein mag.

In wenigen Wochen feiern wir die 150. Wiederkehr des Geburtstages des deutschen Dichters Max von Schenkendorf, eines der edelsten Dichter aus der Zeit der Befreiungskriege. Von Schenkendorf stammt ein außerordentlich schönes, weit bekanntes Gedicht mit dem Titel „Muttersprache“. Mit den Worten: „Muttersprache, Mutterlaut! Wie so wonnig so traut!“ beginnt es — mit den Worten: „Meine seligsten Gedanken sprech' ich wie der Mutter Mund“ schließt es. So soll es sein: wie der Mutter Mund wollen wir unsere Gedanken künden!

—* **Helft dem Buchdruckgewerbe!** Die erste Etappe der großen Arbeitsschlacht ist siegreich beendet: Ueber zwei Millionen arbeitslose Volksgenossen konnten dank der zielstrebigen und energischen Maßnahmen und dank der Opferwilligkeit des gesamten Volkes wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Es geht endlich wieder aufwärts mit der deutschen Wirtschaft. Ganze Industriezweige blühen auf, täglich berichten die Zeitungen von zahlreichen Neueinstellungen. Nur ein Gewerbe ist von dieser Entwicklung unberührt geblieben: das Buchdruckgewerbe! Hier hält die Krise unvermindert an, ja sie ist zum Teil durch das Verbot der marxistischen Presse sowie durch Zusammenlegung von Verbandsblättern, die durch die organisierte Vereinfachung der Verbände überflüssig wurden, noch verschärft worden. Soll dieser wichtige Berufszweig nicht gänzlich untergehen, so ist schnelle und durchgreifende Hilfe durch Erteilung von Aufträgen vonnöten. Jeder, der dem Buchdruckgewerbe Arbeit zuführt, wirkt dabei zugleich für sich selbst. Die gewaltige Werbefrucht einer gut und geschmackvoll ausgeführten Drucksache ist unbestritten. Die Annahme, daß Wertarbeit die beste und einzig wirkungsvolle Reklame ist, ist irrig. Erst die Druckschrift ermöglicht eine Werbung auf breiter Grundlage, erst durch sie läßt sich der größere Absatz einer Ware, mag sie qualitativ noch so hoch stehen, erzielen. Dazu kommt die ungeheure Bedeutung, die der Werbung auch für die politische, kulturelle und wirtschaftliche Fortentwicklung unseres Staates zukommt. Hier öffnen sich der Werbefrucht der Drucksache ungeahnte Möglichkeiten, von denen nur zu hoffen ist, daß sie im Interesse des Volksganzen in weitestem Maße in Erfüllung gehen. Wer nicht wirbt, gleicht dem Mann, der nicht im Adressbuch steht: keiner kann ihn finden!

—* **Nichtlesen einer Zeitung ist grobe Fahrlässigkeit.** Es ist nicht das erstemal, daß ein deutsches Gericht diese Feststellung macht. Die Zeitung ist für den modernen Menschen, so nötig, wie das liebe Brot. Darüber mußten sich einige Kaufleute jetzt schmerzlich belehren lassen. Bei der Anmeldung zum Handelsregister aus Anlaß ihres Eintritts als Kommanditisten einer Firma hatten sie u. a. auch die Eintragung des Haftungsausschlusses für alle im Betriebe der Einzelfirma entstandenen Verpflichtungen beantragt. Als dann die Gesellschaft doch für frühere Schulden in Anspruch genommen wurde, stellte sich heraus, daß die Eintragung unterblieben war. Nun versuchten die Kaufleute, den preussischen Staat dafür schadenerfüllungspflichtig zu machen. Sie wurden abgewiesen. Zu den Sorgfaltspflichten als Kaufmann gehöre es, so erklärt das Gericht, nachzuprüfen, ob die beantragten Eintragungen auch vorgenommen worden seien. „Grob fahrlässig ist es, daß sie nicht einmal eine Tageszeitung gelesen haben, aus der sie den Inhalt der Eintragung hätten entnehmen können.“

—* **Preussisch-Schlesische Klassenlotterie.** Die Ziehung der 1. Klasse der neuen Lotterie findet am 20. und 21. Oktober statt. Sie steht unmittelbar bevor. Die Nachfrage nach Losen ist wegen des herabgesetzten Preises sehr reg. Es bejorge sich also jeder umgehend ein Los bei der Staatslotterie-Einnahme Lüdenscheid.

—* In der vom 11.—13. Okt. ds. Jrs. in Berlin stattgefundenen **Hauptversammlung des Bundes Deutscher Verkehrsverbände und Väder**, in der die Vereinigung des bisherigen Bundes Deutscher Verkehrsverbände und des Deutschen Väderverbandes vom Bundespräsidenten, Staatsminister Eiser-Münch, feierlich vollzogen wurde, ist der Vorsitzende des Westfälischen Landesverkehrsverbandes, Bürgermeister Schüler-Dortmund, zum geschäftsführenden Vorsitzenden des „Großen Verkehrsvereins“ berufen worden. Gleichzeitig wurden alle bisher bestandenen Unterausschüsse (Fahrplanausschuß, Tarifausschuß, Kraftverkehrsvereinsausschuß, Luftverkehrsvereinsausschuß, Ausschuss für Radfahrwege) aufgelöst und als besondere Abteilungen dem „Großen Verkehrsvereins“ neu eingegliedert.

Salver

—*) **Oberbrügge. Kaninchenzuchtverein Oberbrügge.** Am letzten Sonntag fand unter der Leitung des Ehrenvorsitzenden Ab. Lückmann in Meinerzhagen eine Versammlung des hiesigen Kaninchenzuchtvereins statt. Es galt die Wahl des Vorstandes vorzunehmen. Der seitherige Vorsitzende Robert Kaufmann wurde einstimmig wiedergewählt, obwohl er gebeten hatte an seine Stelle einen anderen Vorsitzenden zu wählen. Kaufmann nahm die Wahl wieder an und bestimmte zu seinen Mitarbeitern als Schriftführer Fritz Kämper, als Kassierer Otto Lückmann, als Zuchtverbewahrer Robert Stremmel, als Fellschlichter und Tötungsmeister Robert Kaufmann und Wilh. Winter. Der am 10. Juli veranstaltete Werbesonntag hat einen kleinen Gewinn für die Kasse gebracht. Es wurde beschlossen am Silvesterabend in Meinerzhagen ein Kaninchenessen zu veranstalten. Nach Beratung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Dahlebrück

pn. **Dahlebrück.** Das Hagener Schöffengericht verhandelte gestern gegen den Kaufmann K. aus Dahlebrück, der unter Anklage stand, den Konsumverein Dahlebrück um 5617 RM geschädigt zu haben. Der Angeklagte bejaß früher ein eigenes Geschäft, geriet aber in Zahlungs-

schwierigkeiten und verkaufte das Geschäft im Jahre 1929 an den Konsumverein. Er wurde Geschäftsstellenleiter und Lagerhalter und bezog ein Monatsgehalt von 275 RM. Bereits im Januar 1931 wurde ein Fehlbetrag von 2119 RM festgestellt. Man wollte damals die Sache nicht an die große Glocke hängen, zumal sich der Angeklagte verpflichtet hatte, den Schaden zu decken und eine Sicherungshypothek gegeben hatte. Im Februar 1932 fand der Verbandsschlichter wieder einen Fehlbetrag, diesmal in Höhe von 2642 RM. Außerdem hatte der Angeklagte eingezahlte Kollengelder nicht abgeführt und zwar einmal 548 RM und später 46 RM. Der Angeklagte wollte nicht wissen, wo das Geld geblieben ist. Er bezeichnete die Fehlbeträge als Manto, er bestritt, Gelber für sich verbraucht zu haben. Die Zeugenvernehmung ergab aber, daß er selbst nach Aufdeckung der Fehlbeträge Mitgliedern des Vorstandes und Aufsichtsrates gegenüber zugegeben hatte, von den Geldern Schulden bezahlt zu haben. Auch konnte festgestellt werden, daß er Privatrechnungen aus der Geschäftskasse bezahlt hatte. In der Zwischenzeit konnten 1600 RM zurückgezahlt bzw. durch Miete verrechnet werden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Unterschlagung und Untreue zu insgesamt 3 Monaten Gefängnis und sprach sich gegen die Bewilligung einer Bewährungsfrist aus.

Breckerfeld

—f Ein **schwerer Unglücksfall** ereignete sich beim Landwirt L. im Schlage. Beim Umspannen eines Pferdes schenkte daselbe und schlug den Unglücklichen gegen das rechte Wadenbein, welches eine erhebliche Verletzung zur Folge hatte. Dr. B. mußte sofort zu Rate gezogen werden.

—f Ueber den **Autounfall**, der sich gestern Abend auf der Frankfurterstraße abspielte, wird uns noch mitgeteilt, daß das Unglück hauptsächlich auf die schlechte Straßenbeschaffenheit bzw. durch die Legung des Kabels zurückzuführen ist. Das Auto wurde stark beschädigt, während am Hause des K. die Fenster beschädigt wurden. Durch diesen Umstand mußte Markt-Sauerland die Fahrstrecke umlegen.

Brügge

—:: Es wird hiermit nochmals auf die heute Abend 8 Uhr im Saale von Wilh. Göper (Niggeloh) stattfindenden **Handwerker-Werbe-Abend** aufmerksam gemacht, wo Kreis Kulturwart Pg. Meister, Verdohl und Pg. Jölter, Hagen, sprechen werden. Die gesamte Bürgerschaft wird erwartet. Der Eintritt ist frei.

Kierspe

—s **Unglücksfall mit tödlichem Ausgang.** In der Montagsausgabe berichteten wir über einen Unglücksfall am Felderhof, wo ein etwa 13-jähriges Kind einem Motorradfahrer in die Maschine sprang. Das Kind ist nunmehr seinen Verletzungen erlegen. Den schwergeprüften Eltern bringt man allseitige Teilnahme entgegen.

—s **Bürgermeister Hermens** hat nunmehr auch seinen Wohnsitz hierher verlegt, nachdem die Wohnung im Amtshaus durch den vormaligen Bürgermeister geräumt worden war.

—s **Eine außergewöhnliche Blumenpracht** zeigte in den letzten Wochen unser Friedhof. Es ist erfreulich, daß auf die Pflege dieser heiligen Stätte immer mehr Sorgfalt verwendet wird. Durch das trockene Wetter der letzten Wochen wurde das Blühen der Blumen in seltenem Maße begünstigt, so daß der Friedhof einem großen farbigen Meer gleich.

—s Der **MSV. „Sängerbund“** beschloß in seiner letzten Chorstunde das unter Mitwirkung des MSV. „Wiesengrund“ Wiebelsaat geplante Konzert nunmehr auf unbestimmte Zeit zu verschieben, da auch der 29. d. M. nicht in Frage kommen kann. An diesem Tage findet die MSV.-Fahnenweihe in Lüdenscheid statt, wodurch eine Anzahl Mitglieder abgehalten werden. Der Verein wird rechtzeitig einen neuen Termin bekannt geben.

Kierspe-Vhf.

—b Die **Freiwillige Feuerwehr Kierspe-Vhf.** hielt im Hotel Cramer ihre Generalversammlung ab, die vom Führer August Schriever geleitet wurde. Derselbe gedachte zunächst des Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten und brachte auf solchen ein dreifaches „Gut Schluß“ aus. Dann wurde das letzte Protokoll gelesen und gutgeheißen. Brandmeister Stahl Schmidt gab einen ausführlichen Bericht über den Kreisverbandstag in Altena. In Sonderheit berichtete er über die neueste Bestimmung, nach welcher Feuerwehrleute im Alter von 65 Jahren aus dem aktiven Dienst der Wehr auszuscheiden haben. Nur bei besonders guter Körperverfassung kann ein Antrag auf Verlängerung der Dienstzeit gestellt werden. Die ausgeschiedenen Feuerwehrmänner dürfen dann nur noch die Mütze tragen. Ueber das Tragen der Uniform kann mit der Gemeinde und der Provinzialverwaltung eine besondere Abmachung getroffen werden. Zu Rassenprüfungen wurden die Kameraden Karl Schröder und Hugo Reutenhaus bestimmt. Ueber die Abhaltung der Weihnachtsfeier wurde beraten. Solche Feiern dürfen stattfinden ohne besondere Genehmigung, sofern sie nicht den Charakter einer nationalen Feier tragen. Bevor endgültige Beschlüsse gefaßt werden, will man Richtlinien bei den vorgesetzten Stellen einholen. Steht dann einer Feier nichts im Wege, so wird vom Führer eine Kommission bestimmt, die die Durchführung des Weihnachtsfestes vorbereitet. Unter Verschiedenes wurde bekannt gegeben, daß in Zukunft bei der Beerdigung von Kameraden von Wehren im Amtsbezirk jeweils eine Ehrenabordnung von 4 Kameraden gestellt wird. Die Abordnung wird der Reihenfolge nach bestimmt. Bei Verhinderung eines Kameraden muß solcher seinen Ersatzmann selbst bestimmen. Der Führer schloß die Versammlung mit einem „Sieg Heil“ auf unser Vaterland und seine hervorragenden Führer.

Ein guter Rat: **ODOL ZAHNPASTA**

Düsseldorf. Auf Anordnung des neuen Schlachthofdirektors, Sturmbannführer Henjes, wurden Dienstagmorgen auf dem Schlachthof vier Personen, Angestellte und Händler, verhaftet, die sich in geradezu ungläublicher Weise am Gemeinwohl veründigt haben. Seit Jahresbeginn haben sie tuberkulose Kinder- und Schweineleber, die von den Schlachthofärzten zur Vernichtung beschlagnahmt worden waren, aus den verschlossenen Kästen gestohlen und in den Handel gebracht. Die Untersuchung dauert an. Die entwendeten Fleischmengen waren im höchsten Grade gesundheitsgefährlich.

Nah und Fern

○ **Kind durch heiße Suppe verbrüht.** In Bad Kreuznach hatte die Frau eines Landwirtes die Mittagsuppe aufgetragen, als eines ihrer drei Kinder an die auf dem Tisch stehende Suppenschüssel stieß, so daß sich der Inhalt auf die Kinder ergoß. Alle drei Kinder erlitten schwere Brandwunden, und eines von ihnen im Alter von drei Jahren ist trotz sofortiger ärztlicher Hilfe an den schweren Verbrühungen gestorben. Das Befinden der beiden anderen Kinder ist sehr ernst.

○ **Mutter springt mit zwei Kindern ins Wasser.** Die Polizei in Segeburg (Schleswig-Holstein) hatte den Arbeiter Klimel wegen Einbruchsdiebstahls festgenommen. Als die Ehefrau des Klimel von den Straßanten ihres Mannes erfuhr, stürzte sie sich mit ihren beiden Kindern, einem Knaben und einem Mädchen, in einen Teich. Das kleine Mädchen konnte sich von der Mutter losreißen, doch sind die Mutter und der sechs Jahre alte Junge ertrunken.

○ **Niedergerichtet, weil sie — deutsch sprach.** In Südpark in Raitowitz wurden ein Herr und eine Dame, die sich deutsch unterhielten, von drei Personen, von denen eine uniformiert war, aufgefordert, die weitere Unterhaltung in polnischer Sprache zu führen. Der Mann wurde von dem einen Banditen ins Gesicht geschlagen. Eine hinzukommende Frau wurde zu Boden geschlagen.

○ **Pfarrer von einem Geisteskranken erschossen.** In Alba bei Turin tötete ein geisteskranker 71-jähriger Greis, nachdem er in diesen Tagen seinen Bruder und dann einen Polizisten durch Revolvergeschüsse schwer verletzt hatte, seinen Ortspfarrer. Es gelang der Polizei nicht, des Täters habhaft zu werden, da sich die Landbewohner weigerten, aus Angst vor dem Irren, Hilfe zu leisten.

○ **Östpreußens älteste Frau gestorben.** In Insterburg starb Frau Anna Broweileit, die mit ihren hundertfünf Jahren die älteste Frau Ostpreußens war.

○ **Omnibus stürzt in eine Schlucht.** In der Nähe von Kauenburg (Siebenbürgen) stürzte ein vollbesetzter Omnibus in eine 20 Meter tiefe Schlucht. Von den 27 Insassen wurden 12 schwer und 15 leichter verletzt.

○ **Familie bei Hauseinfuhr begraben.** Durch Nachgeben des Bodens stürzte in einem Vorort von Rom ein Haus ein, das auf verlassenen Steinbrüchen errichtet worden war. Die gesamte Familie, sechs Personen, wurde unter den Trümmern begraben. Es gelang, den Vater schwerverwundet zu bergen. Außerdem wurden die Leichen von zwei Kindern gefunden. Man nimmt an, daß alle übrigen Familienangehörigen nicht mehr am Leben sind.

○ **Drei Todesopfer einer Autokatastrophe.** Bei Almunecar (Spanien) schlug ein mit Zement beladenes Lastauto um. Von den sechs Arbeitern, die den Wagen begleiteten, wurden drei getötet und drei schwer verletzt.

○ **Vier Personen fahren in einen See.** Ein schweres Unglück, dem vier junge Menschen zum Opfer gefallen sind, wird aus Helsingfors gemeldet. Ein Dozent an der Helsingforser Universität und ein Theatermacher, die mit ihren Frauen eine Autofahrt unternommen hatten, sind bei Barga in der Dunkelheit in einen See geraten. Ehe Hilfe kommen konnte, waren alle vier Personen ertrunken.

○ **Schwerverbrecher aus Cayenne entflohen.** Nach einer Meldung aus der französischen Verbrecherkolonie Cayenne ist es 17 Schwerverbrechern gelungen, zu entfliehen. Es handelt sich durchweg um französische Staatsangehörige, die teils zu mehrjähriger, teils zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden waren.

○ **5000 chinesische Soldaten ertrunken.** 5000 chinesische Soldaten sind bei der Überquerung des Flusses Min ertrunken. Sie wollten während eines Kampfes gegen feindliche chinesische Truppen den Fluß mit selbstgebauten Flößen auf Eisbälkern überqueren. Die Flöße wurden jedoch von den Stromschnellen erfasst und zerschlagen, so daß die Soldaten in den Fluten umlamen.

○ **Riesenbrand in Batavia.** Im Zentrum der Stadt Batavia wütete ein Riesenbrand, der fast hundert Häuser vernichtete. Annähernd tausend Personen wurden obdachlos. Der Schaden ist außerordentlich groß.

○ **Dampferuntergang forderte 28 Todesopfer.** In der Nähe von Tschifu (China) sank nachts der chinesische Dampfer „Tschan“, wobei 28 Personen ertranken.

Was man noch wissen muß.

Endetendende wegen angeblicher Teilnahme am Breslauer SA.-Aufmarsch verhaftet.

Breslau. Wie erst jetzt bekannt wird, hat die tschechische Gendarmerie in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem SA.-Aufmarsch in Breslau im Südschiner Ländchen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Ferner wurden in dem bei Troppau gelegenen Freibergsdorf sechs junge Deutsche unter der „Beschuldigung“, am Breslauer SA.-Aufmarsch teilgenommen zu haben, verhaftet.

Antifaschisten, die Urheber des Anschlags auf die Peterskirche. Rom. Der Polizei ist es gelungen, die Urheber des Anschlages zu verhaften, der im Frühjahr in der Vorhalle der Peterskirche durch Abgabe einer Bombe mit Zeitzunder an der Garderobe verübt worden ist. Es handelt sich um einen gewissen Buccaloni und die beiden Brüder Renato und Aldo Cianca, die alle drei Antifaschisten sind. Buccaloni gestand, daß er während eines Aufenthalts in Paris von Antifaschisten den Auftrag und die Mittel dazu erhalten hat, in Italien eine Reihe von terroristischen Anschlüssen zu versuchen.

Die Reden Adolf Hitlers als Kanzler in Buchform.

Berlin. Der Parteiverlag Frz. Eher Nachf. gibt eine Sammlung der offiziellen Reden des Volkskanzlers Adolf Hitler heraus, die der nationalsozialistischen Bewegung und ihren Soldaten im Kampf der nächsten Wochen die beste Waffe im Kampf gegen die Lüge in der Welt gibt. In einer kleinen Sammlung zum Preise von nur 50 Pfennig werden die Reden des Kanzlers veröffentlicht, durch die immer wieder der Wille und die Forderung, Deutschlands auf Arbeit und Frieden schwingt.

Deutsche Redakteure im Memelland gemäßigter.

Memel. Die Chefredakteure des „Memeler Dampfboot“ und der „Memelländischen Rundschau“ sind vom litauischen Kriegskommandanten mit je 5000 Lit oder drei Monaten Gefängnis bestraft worden. Diese unerhörten Strafen erfolgten wegen zweier Artikel, in der das Versammlungsverbot und der Opferwille der memelländischen Bevölkerung behandelt wurden.

30 Personen bei einer Explosion getötet.

Madras. Durch eine schwere Explosion in einer Fabrik für Feuerwerkskörper in Vizagapatam bei Madras wurden 30 Personen getötet und acht schwer verwundet. Die Fabrik wurde in einen Trümmerhaufen verwandelt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Handwerksarbeit ist Wertarbeit!

Zur Besichtigung seiner reichhaltigen

Möbel- Ausstellung

ladet ergebenst ein:

**MÖBELHAUS
GEBR. KARTHAUS
HALVER I. W.**

Bedarfsdeckungsscheine der Ehestands-
darlehen werden entgegengenommen!

Lagervorrat ca. 45-50 Zimmer.

Fördert das deutsche Handwerk!

Der Herbst ist ins Land gezogen, und näher rückt die Winterszeit, deren Krönung wir im Weihnachtsfest erblicken. Ein Festenfest, nicht nur für die Kleinen, in nicht minderem Maße auch für die Großen. Denn die Festesfreude findet ihren Ausdruck nicht allein im Beschenktwerden, sondern auch im Schenken selbst. Seit alters her ist es Brauch geworden, daß man an diesen Tagen auch der Ärmsten der Armen gedenkt, die das Leben zuweilen recht hart angefaßt hat, und die bei der Verteilung der irdischen Güter immer stiefmütterlich behandelt wurden. Auch du, lieber Leser, wirst zu rechter Zeit im Geiste Umschau halten, um deinen Kindern, Angehörigen, Freunden eine Freude zu bereiten und wirst auch unter den Armen nach einem Würdigen für deine Geberfreude suchen. Bedenke dann, daß du nicht allein durch das Geben an und für sich Freude spenden kannst, auch durch das Wie und Was. Erwinnere dich bei dieser Gelegenheit, daß seit Jahren das Handwerk in stetem Niedergang begriffen ist und daß du helfen und Freude in doppeltem Sinne bereiten kannst, wenn du bei Auswahl deiner Geschenke dich an das gute deutsche Handwerk wendest.

Wollen Sie Möbel

gut und billig kaufen

dann besuchen Sie mich.

Der Weg zu mir ist lohnend!
Ich berate Sie fachmännisch.

Bedarfsdeckungsscheine der Ehestands-
darlehen nehme ich in Zahlung. —

**GUSTAV
WELLENBECK
HALVER.**

Handwerker und Gewerbetreibende!

Das Blatt, welches auch für Eure Interessen eintritt,
ist und bleibt der

„Allgemeiner Anzeiger“

Die nationale Zeitung für alle Stände!

— Seit 32 Jahren Heimatzeitung! —

Das Geld des Dorfes

Einrichtung

von:



**Spar- und
Scheckkonten**

gehört in die Dorfparkasse

zur Belebung und Förderung
d. heimischen Wirtschaft.

Darum spare bei dem

Halverschen Spar- und Darlehnskassen-Verein

e. G. m. u. H.

in Halver.

(gegr. 1902)

Deutsche Hausfrauen! Kauft Brot u. Backwerk vom Bäckermeister! Zwangsinnung für das Bäcker- u. Konditoren-Handwerk im Amte Halver.

Fritz Wiebusch,
Halver, Berlinerstraße 7

Anfertigung und Lieferung sämtlicher



**Sattler-, Polsterer-
und Dekorations-
arbeiten**

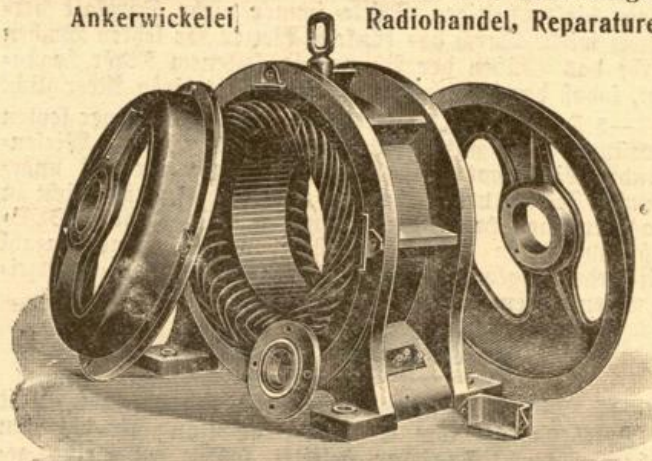
in und außer dem Hause.

Bürger & Lausberg,
Halver Telefon 326

**Kohlen, Koks, Briquettes,
Landesprodukte, Ge-
treide, Düng- und
Futtermittel.**

Motoren-Reparaturen
Ankerwickelerei

Licht- und Kraftanlage
Radiohandel, Reparaturen



Gebrüder Turck, Halver.

Photo- Arbeiten

führen wir in modern eingerichteter Dunkel-
kammer sachgemäß, schnell u. preiswert aus.
Wir entwickeln, kopieren, vergrößern.
Photohaus Adolf Craemer jun., Halver.

Hand- und Maschinen- Strickwolle

in modernen Farben 10 Lot 0,95-1,40 Mk.
Schweißwolle nicht einlaufend, nicht filzend
in den Farben grau, schwarz und rosenholz.
10 Lot 1,00-1,15 Mk. empfiehlt:

Hugo Niding, Halver
Berlinerstraße 56.

Adolf Bangert

**Dachdeckermeister
Halver i. W.**

**Sämtliche Arbeiten
werden schnell und preis-
wert ausgeführt**

Bestellt Eure Drucksachen

bei dem notleidenden
Buchdruck-Gewerbe

nicht bei Zwischenhändlern!

Deutscher Buchdrucker-Verein.

Fritz Wiegand
Halver

**Klempnerei und
Installation.
Heizungsanlagen.**

Amte Kierspe.

Am Freitag, den 20. d. M. nachmittags 5 Uhr
findet im Amtshaus-Sitzungsraum eine Sitzung
der Gemeindevertretung statt.

Tagungsordnung:

1. Beschlußfassung über Erhebung der Bürger-
steuer 1934.
2. Erweiterung der Wassergewinnungsanlagen.
3. Einbau eines Schlammtopfes in die Wasser-
leitung in Kierspe-Ohf.
4. Antrag des Amtes Lüdenscheld auf Ausbau
des Weges von Jubach bis zur Amtsgrenze.
5. Antrag Clever, Feld auf Ausbesserung des
Weges der an seinem Hause vorbeiführt.
Kosten auf 150 RM. veranschlagt.
6. Uebernahme noch nicht katastrierter Wegestrecken
auf Grund einer Besitzbescheinigung in
Mühlen-Schmidthausen und am Spiel- und
Sportplatz in Kierspe.
7. Antrag des Hausmeisters Schlus auf Aus-
führung verschiedener kleinerer Arbeiten am
Schulgebäude in Kierspe.
8. Antrag des Landwirts Grebe in H. Verg auf
Zahlung von 90 RM. seitens der Gemeinde
für Aufzucht von 8 Morgen Wald gegen
Ueberlassung des anfallenden Brennholzes von
ca. 300 Zentner.
9. Beteiligung an der Halle für den F. A. D.
10. Verschiedenes.

Der Gemeindevorsteher.

Achtung!

Gitt!

Es wird am Freitag,
d. 20. Okt. vorm. v. 9-
10 Uhr a. d. Wirtschaft
Carl Rind in Halver
ein großer Transport



**Ferkel u.
Läufer-
schweine**

infolge günstigen Ein-
kaufs des Stck. von
RM. 6.- an,

größer. Läufer-schweine
spottbillig verkauft

Joh. Rutsch, Boffel.

Spielkarten

von 70 Pfg. an

Wilh. Bell jr.

Halver.

Arbeitsbeschaffung im Kleinen.

Der Segen der Arbeitsbeschaffung im Kleinen,
Gerade auf den einzelnen kommt es an!
Denke dran, Meister! Du und die deinen
müßt es jetzt schaffen, haltet euch ran!

Schmückt eure Werkstätte, den Laden, das Haus
Mit Fähnchen, Plakaten und frischem Grün,
Stellt Meister-Briefe und -Stücke aus,
Laßt den Werktag am Beschauer vorbeiziehn!

Am Sonntag erhebt den Segen des Herrn,
Standarten und Zinnensfahnen herbei!
Die Kirchenglocken von nah und fern
rufen euch Handwerker, seid alle dabei!

Der große Festzug muß Zeugnis ablegen
Von eurem Willen, von eurer Kraft.
Wenn tausend fleißige Hände sich regen,
Wißt ihr es selber, daß ihr es schafft.

Besucht eure Kundschaft, gebt ihnen Rat,
Zeigt was ihr könnt bei richtigem Preis,
Seid wie der Führer, Männer der Tat
Durch Umsicht, Kenntnis, Ehrgeiz und Fleiß!

Bergeht nicht, auch der Kollege muß leben,
Gemeinnutz immer vor Eigennutz steht!
Ihr müßt selbst, was ihr könnt, an Aufträgen geben,
Damit die Wirtschaft normal wieder geht.

Die Depression zwingt für immer zu Boden!
Ein jeder sei tätig, nicht eher gebt Ruh,
Bis das Handwerk hat wieder den goldenen Boden
Für Meister, Gefellen und Lehrling dazu!

Groß muß durch die Arbeit der Segen sein,
Wenn alle sich rühren, erhält jeder sein Teil.
Frisch auf, ihr Handwerker, stimmt mit ein:
Auf Adolf Hitler ein dreifach „Siegheil!“